Antifaschistisches Pressearchiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.
Pekinger Str. 8e 40, 10997 Berlin
Tel./Fax: 030-611 62 49
Blz: 100 [illegible] Kto-Nr.: 0670017787

tanz

antifaschistische zeitung tübingen/reutlingen

Nummer 7 Oktober/November 1994 DM 2,50

Kein NPD-Zentrum in Eningen

Themen:

- **Überfall auf die ZELLE**
- **PDS: Jetzt wählen gehen?**
- **Kunst im Faschismus**

Vorwort

Hallo,

pünktlich zum Herbst meldet sich die TANZ wieder. Die längere Pause seit der letzten Ausgabe wurde notwendig, weil sowohl LeserInnen wie auch die AutorInnen im Dauersommerlich abgetaucht schienen. Eine Zeitung wie die TANZ braucht aber aktive LeserInnen und AutorInnen um erscheinen zu können. Deshalb war es sinnvoll bis Oktober mit dem neuen Heft zu warten. Jetzt geht es mit neuem Elan weiter!

Zum REP-Aufmarsch in Rottenburg vom 29. Oktober haben wir nix geschrieben. Die Gegenveranstaltungen laufen hier ja so langsam nach Schema F ab. Die politischen Antifas gehen vor die Halle, die lieben ChristInnen bleiben mit den Kerzchen in sicherem aggressionsneutralem Abstand.

Den regionalen Faschos ist es in letzter Zeit offenbar zu gut gegangen. Die NPD erbt eine Villa in Eningen und die Fascho-Skins greifen die ZELLE an. Vier zum Teil schwerverletzte Leute waren die Folge der brutalen Aktion. Mehr dazu im Innenteil.

Erfreulicherweise haben wir einen inhaltlichen LeserInnenbrief zugesandt bekommen, der sich kritisch mit Form und Sinn der TANZ auseinandersetzt. Dazu gibt es eine erste Stellungsnahme.

Zeitungskollektiv der Tanz

Wir fahren die TANZ bis:
ZELLE, Reutlingen
Cafe Nepomuk, Reutlingen
Buchhandlung Gruppe Tübingen
Infocafe Grenzenlos, Tübiungen
Cafe International, Tübingen
Blauer Salon, Tübingen

TANZ
tübinger/reutlinger antifaschistische zeitung

Nummer 7, Okt/Nov 1994

V.i.S.d.P.: E. Greiner, Fichtenweg 8,
72076 Tübingen

Kontakt und Post über: Haus- und Infocafé,
Schellingstr. 6, 72072 Tübingen.
Das Info-Café hat nichts mit Herstellung und Vertrieb der Zeitung zu tun.

EIGENTUMSVORBEHALT
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht aus-gehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

INHALT

S.2 Hallo
S.3 Kein NPD Zentrum in Eningen
S.5 Fascho-Skins greifen die ZELLE an
S.6 Kunst im Faschismus
S.8 Broschüre über Reps
S.9 Take it Gysi?
S.12 Ein Leserbrief zur Zukunft der TANZ und eine erste Antwort
S.14 Kommunikationsguerilla gegen Medienmacht: Buchbesprechung
S.17 Nazi-Spucki in der Weststadt
S.17 ZELLE bleibt - am Echazufer!

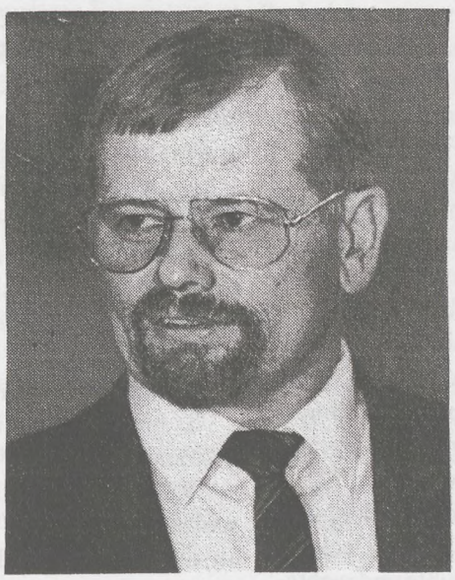
Kein NPD-Zentrum in Eningen und anderswo

Einige haben es sicher schon erfahren, andere noch nicht.- die NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands) hat in Eningen unter Achalm eine Villa geerbt. Zwei Schwestern, die mittlerweile gestorben sind, haben schon vor mehreren Jahren testamentarisch festgelegt, daß das Haus nach ihrem Tod als ''nationale Begegnungsstätte'' von der NPD genutztwerden soll.

In dieser Villa trafen sich in den letzten Jahren immer wieder Faschisten, um z.B. Hitlers Geburtstag zu feiern so erzählen AnwohnerInnen.

Richter Günter Fahrbach hat das Testament aufgesetzt und ist jetzt mit der Umsetzung betraut. Das Testament hat er juristisch so formuliert, daß das Haus mindestens 5 Jahre im Besitz der NPD bleiben muß. Eine andere Nutzung oder der Verkauf sind bis dahin anscheinend nicht möglich. Deckert, NPD-Bundesvorsitzender, ist mittleweile auch in Eningen mit Zweitwohnsitz gemeldet.

Das Haus liegt in der Schillerstraße 73 gegenüber der katholischen Kirche. Es ist auf einem großen Grundstück und hat zwei Stockwerke. Im unteren Stock wohnen schon seit Jahren Leute, die mit der NPD anscheinend nichts zu tun haben. Soweit die äußeren Umstände.



Informationen zur NPD

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands wurde 1964 gegründet. Langjährige Führung hatte der Alt-Nazi und Buchautor Adolph von Thadden. Ende der Sechziger Jahre hatte die NPD einen großen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen. So stellte die NPD in ihren Hochzeiten zwischen 66-71 61 Landtagsabgeornete und 183 Kommunalpolitiker. Nachdem sie bei der Bundestagswahl 1969 nur noch 4,3% bekam, versank die NPD in der Bedeutungslosigkeit (jedenfalls aus parlamentarischer Sicht).

Auch wenn die NPD immer wieder versuchte, sich als moderne nationalistische und demokratische Partei darzustellen, so konnten die Mitglieder doch nie den Ruf der Ewig-Gestrigen abschütteln. Seit Günter Deckert 1991 zum Bundesvorsitzenden der NPD gewählt wurde, wurden alle Versuche, sich ein demokratisches Mäntelchen überzuziehen, fallengelassen. Im Zuges des Erstarkens der militanten Neonazis in den Jahren 91/92 gab sich die NPD ein radikaleres Image. Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegenüber der Politik der militanten FAP wurden aufgehoben. Die neuste Tendenz ist die, daß sich zahlreiche FAP-Mitglieder in Richtung NPD/JN orientieren, weil sie ein Verbot der FAP befürchten.

Zur Person Günter Deckerts

Günter Deckert aus Weinheim ist eine zentrale Figur in der NPD. Schon in den 70er Jahren war er Landesvorsitzender der JN (Junge Nationaldemokraten) und 2. Bundesvorsitzender der NPD. Trotzdem war er jahrelang Oberstudienrat für Fremdsprachen an einem Mannheimer Gymnasium. !985 wurde er vorläufig vom Schuldienst suspendiert, doch seine faschistische Gesinnung führte erst 1988 zu entgültigen Entlassung. Seither widmet er sich voll der Arbeit in der NPD. Aufsehen erregte Deckert jetzt im Sommer, als das Mannheimer Landgericht in der zweiten Instanz ihn wegen der Leugnung des millionenfachen Mordes an Juden zu einer überaus milden Strafe verurteilte. Ein Jahr auf Bewährung. In der Urteilsbegründung stellten die Richter fest, daß Deckert nicht so hart zu bestrafen sei, weil er nicht aus Eigenutz den Holocaust leugne, vielmehr sei ''die Tat von dem Bestreben motiviert, die Widerstandkräfte im Deutschen Volk gegen die aus dem Holocaust abgeleiteten jüdischen Ansprüche zu stärken''. So die Worte des Vorsitzenden, Richter Müller, seit 25 Jahren im Amt und SPD-Mitglied.

Kunst im Faschismus

Ein historischer Abriß mit Überlegungen für die Gegenwart

Die meisten, die sich nicht näher mit Kunstgeschichte befassen, haben folgenden Eindruck: Vor der Machtergreifung Hitlers gab es Dada, Expressionismus usw, danach wurde alles verboten und es kam die diktierte Kunst des Faschismus, bei der heute noch die Meinungen auseinander gehen, ob diese als Kunst anerkannt werden kann/darf oder nicht. Das Ende des Faschismus wird für viele auch als die Stunde Null in der Kunst gesehen. Von nun an sei, so diese Leute, im Westen hauptsächlich abstrakte Kunst vorhanden. So ist es nicht. Und auch die Kunstauffasungen der Nazis waren unterschiedlich.

Alfred Rosenberg, der 1927 die nationalsozialistische Gesellschaft für deutsche Kultur gründete, war Vertreter dessen, was heute alle im Kopf haben, wenn sie an faschistische Kunst denken: Er propagierte das Ideal der nordischen Rasse und stützte sich dabei auf alldeutsche, völkische, antisemitische und deutschnationale Kreise. Die moderne expressive Kunst nach der Jahrhundertwende wurde als ''judenverseuchter Kunstbolschewismus'' bezeichnet. Das Ziel der nationalsozialistischen Gesellschaft für deutsche Kultur war, ''alle Abwehrkräfte gegen die heute herrschenden Mächte der Zersetzung'' zu sammeln und das deutsche Volk über den ''Zusammenhang zwischen Rasse, Kunst, Wissenschaft, sittlichen und soldatischen Werten'' aufzuklären. Diese Leute um Rosenberg waren gegen das ''krankhafte'' und ''rassisch entartete'' in der Kunst und gegen die bildhaft dargestellte ''Zerstückelung von Mensch und Gesellschaft''. 1928/29 wurde die Gesellschaft in den Kampfbund für deutsche Kultur übergeleitet. In diesen fanden bis 33 alle Richtungen, die schon in der Weimarer Republik das (klein)bürgerliche Denken bestimmt hatten, Einzug: die Vorliebe für Heimatkunst; damit verbunden das Streben nach Freihaltung von ausländischen Einflüssen und die Hervorhebung des ''Führungsauftrages des nordischen Volkes''.

Dagegen stand Goebbels, der ab 33 Propagandaminister und Präsident der Reichskulturkammer war. D.h. er war zuständig für ''alle Aufgaben der geistgen Einwirkung auf die Nation, der Werbung für Staat, Kultur und Wirtschaft, der Unterrichtung der in- & ausländischen Öffentlichkeit über sie und der Verwaltung aller diesen Zwecken dienenden Einrichtungen''. Goebbels kämpfte anfangs für die Vertreter eines ''nordischen, eines nationalen Expressionismus''. Er protestierte gegen die Verfolgung von Barlach, Heckel, Kirchner, Mueller, Schmidt-Rothluff und Nolde (NSDAP-Mitglied) und bezeichnete sie als ''völkisch-reaktionäre Vergehen an deutscher Kultur''. Es gab in diesem Zusammenhang verschiedene Kampagnen und Ausstellungen. Aber spätestens 1936, als die Kunstkritik abgeschafft und statt dessen der ''Kunstbericht'' eingeführt wurde, unterlag Goebbels mit seinen Auffassungen denen von Rosenberg. Ab 1937 fanden im Haus der Kunst in München jährlich große Kunstausstellungen statt. Sie sollten der kulturellen Befriedigung des Volkes dienen. Es waren hauptsäch-

lich Verkaufsausstellungen. Eine kunstgeschichtliche Entwicklung war in ihnen natürlich nicht abzulesen.

Die Malerei im faschistischen Reich war Gattungsmalerei, d.h. themenspezifisch. Dargestellt wurden z.B. Industrielandschaften, bei denen es auf die ''Schönheit der Technik'' ankam, bei denen der einzelne Mensch sich verliert. Menschen bei der Arbeit wurden als Helden gezeigt, die völlig begeistert sind von ihrem Dienst am Staat und nicht an Qual und Ausbeutung leiden. Beliebt waren Nutztierdarstellungen, aber natürlich auch Majestätstiere, wie z.B. der Adler. Dazu kamen Landschaften in wunderbar verklärender Idylle. Frauen wurden meist in mehr oder weniger plumpen Allegorien gemalt als die vier Elemente oder ''Reifezeit'', voll- & bloßbusig mit Ähren im Arm und einem lüsternden Jüngling daneben. Familiendarstellungen zeigten Vater, Mutter und die Kinder in trauter Einigkeit, vielleicht sogar eine Kunstzeitschrift blätternd oder dem ''Führer'' über Volksempfänger zuhörend. Es gab relativ wenige Parteibilder oder Porträts von Hitler, dafür umso mehr Kriegsdarstellungen im weitesten Sinne. Diese reichten von mittelalterlichen Ritterschlachten bis zur modernen Kampfausrüstung oder einer wahnwitzigen Mischung aus beidem. Der Soldat als der heroische Einzelkämpfer oder Kamerad, die Vernichtungsmaschinerie als glitzerndes Wunder der Technik. Das ''deutsche Volk'' sollte sich in der Tradition ununterbrochener Kämpfe für die nordische Mission seit dem Altertum fühlen. Darstellungen von Tod und Grauen gab es nicht. Wenn Leid, z.B. ein verwundeter Soldat, dargestellt wurde, dann nur als das, was dem deutschen Volk durch andere zugefügt worden sei. Die Bilder dienten der Verherrlichung von Gewalt und Unterwerfung, als bildhafte Eintrichterung und Legitimation des faschistischen Systems.

DIE PLASTIK schien in den kulturellen Planungen und Wuschvorstellungen des NS-Staates einen höheren Stellenwert einzunehmen als das Tafelbild. Sie konnte noch mehr ''zeitliche Idealvorstellungen'' und ''rassebiologische Überzeugungsarbeit'' liefern.

Die NS-Ideologie erklärte unumwunden den politischen Zweck der Plastik: "Dem Tafelbild ist ein Zimmer gemäß, der Skulptur ein Platz. Im Zimmer wohnt der einzelne, der Platz nimmt eine Menge auf. Hat diese nichts gemeinsam als Interesse und Geschäft, so kann sie kaum Beziehungen zu einer Skulptur auf dem Platz haben. Hat sie aber Ideale, so will sie deren Sichtbarmachung und braucht die Skulptur auf dem Platz als Symbol ihrer Einheit. Die Plastik strahlt aus in einen Raum und kann dadurch viele Menschen beherrschen. Sie wirkt in einer Zeit, die nicht das Abbild, sondern das Vorbild sucht, mit ihm Menschen prägen, Ideale künden will." (Zitat aus "Der schöne Schein des dritten Reiches" von Peter Reichel)

Alle drei Abbildungen in diesem Artikel sind Teile des Triptychon: "Arbeiter Bauern, Soldaten" von Hans Schmitz-Wiedenbrück

Die Betrachtenden sollten gleichzeitig abgeschreckt und fasziniert werden. Sie sollten sich identifizieren und unterwerfen. Sie sollten bei den riesigen Figuren, die meist überlebensgroß waren, die Aura der mythischen und göttlich- zeitlosen Gestalten und ihre Macht spüren. Sie sollten sich eins fühlen mit ihnen und dem, was sie verkörperten, - dem faschistischen Saat.

Es gab in der Plastik dieselben Themen wie in der Malerei, allerdings gehäuft das ''Menschenpaar'' und ''Kameradschaft'' als weiteres Sehnsuchts- und Verlockungsobjekt. Dabei wurde der Mann, blind entschlossen und muskelbepackt dargestellt. Die Frau als die Erhalterin der Art, die Gebärende, bestenfalls noch solidarische Partnerin des Mannes, die sich dem Betrachter öffnet, diese Öffnung auch noch betont und dennoch etwas Abweisendes, Kaltes hat, etwas, um das zu kämpfen es sich lohne. Es sollen Figuren sein, wie für die Ewigkeit bestimmt, Ausdruck und Garanten unvergänglicher Werte und ewiger Herrschaftsordnungen. ''Selbst wenn ein Volk erlischt und die Menschen schweigen, werden dann die Steine reden'' (Hitler).

Nur wenige Plastiken wurden nach 1933 al ''entartet'' liquidiert (Barlach, Lehmbruck...).Statt dessen wurde die ''ungebrochene Tradition nationalsozialistischer Kunstpraxis'' hervorgehoben. Bildhauer wie Richard Scheibe, Georg Kolbe u.a., die in ihren Werken die menschliche Gestalt realistisch behandelten, wurden von den Nazis als ''Klassiker des Übergangs'' angesehen. Erst ab 1936 waren die Plastken von Arno Breker und Josef Thorak bestimmend.

IM GANZEN ist umfassend zu sagen: in jedes kleinste Detail, vom Kunsthandwerknippes bis zur gigantischen Architektur war ein Teil der faschistischen Ideologie verpackt. Kleine Porzelanfiguren, an denen sich der Schreibtischtäter während der täglichen Arbeit erfreute, gaben das Gefühl von heimischer Geborgenheit. Bilder, in jedem Schulbuch, in jeder Zeitung abgebildet, transportierten die Ideen vom Herrenmenschentum, mahnten an die Familie als wichtigstes (Überwachungs)element im Staat, spornten die ArbeiterInnen zu Produktion an und befriedigten religiöse Gefühle, indem sie sich an kirchliche Darstellungsweisen (Triptichonform. Kämpfer als Heilige) anlehnten. Plastiken und Kunst am Bau, an jeder Ecke füllten in dieser Funktion den öffentlichen Raum und als Gipfel der Gigantomanie, der absoluten Durchdringung des Lebens die Architektur und Städteplanung. Geplant einzig als Repräsentation des Staates, als beste Möglichkeit zur Überwachung der Menschen. Daß nur Schönheit und Stärke dargestellt wurden, war ein Teil der Ausmerzung von Kranken und Schwachen. Die alleinige Darstellung von ''schönen'',''glücklichen'' ArierInnen bedeutete die Vernichtung von Klassenunterschieden und des sich Wehrens dagegen. Das bedeutete letztendlich auch die Vernichtung von Millionen von Menschen. Vernichtung zuerst in der Kunst und dann im Leben. Kunst als Faszinations- und Repressionsmittel des Faschismus. Kein anderer Staat hat sich in dem Maße über Kunstpolitik legimitiert.

Wie ging es weiter, nachdem das faschistische System zusammengebrochen war? Die Kontinuität

ist unterschiedlich: Die Malerei wurde in Keller und Archive verbannt. Es wurde- im Westen- von da an hauptsächlich abstrakt gemalt, eine Tendenz, die ja schon vor dem faschistischen Regime eingesetzt hatte. In der Skulptur entstanden seitdem keineswegs nur unfigürliche Arbeiten. In der Architektur kann mensch gewisse Fortsetzungen auch ohne nähere Auseinandersetzung beobachten, was die Monumentalität, die ja den Menschen ausschließt und, im krassen Gegensatz dazu, die Familienhausidylle anbelangt. Die Bauten von damals wurden zum großen Teil als Denkmäler geschützt oder, ohne über die vorherige Funktion nachzudenken, als Zweckbauten weiter benutzt. Eigentlich wurde nur die Malerei wirklich verteufelt , denn auch die Plastiken können wir nach wie vor auf öffentlichen Plätzen, in Parks oder Sportstätten, wie z.B. im Berliner Olympiastadion, finden. Wir nehmen sie dann kaum noch in ihrem Charakter war. Schockierende Begegnungen mit den Naziplastiken sind die, wenn sie, umfunktioniert an anderen Orten auftauchen. So auf dem Sportplatz der ehemaligen sowjetischen Kaserne in Eberswalde, genau wie unter Hitler in stählernen Männerkörpern protzend, den heroischen Kämpfer für's Vaterland anspornend. Oder sie stehen vor Kliniken, dieselben trauten Familien wie eh und je, der Mann beschützend, die Frau gebärend.

In der Kunstgeschichte wurde die Geschichte der Kunst während des faschistischen Regimes lange ausgeschlossen. Die konservativeren BetrachterInnen taten das damals gefertigte als geschmacklos ab. Die Linken behaupteten, es sei keine Kunst. Beide entzogen sich auf diese Weise hervorragend einer Auseinandersetzung. Indem diese nicht eingegangen wurde, wurde auch ein großer Teil des Charakters des Faschismus und seiner Verlockung auf die Menschen einfach verdrängt. Es gibt öfter die Diskussion, ob faschistische Kunst in Museen ausgestellt werden darf oder nicht. Immer wird die Gefahr genannt, rechtsextreme Kreise könnten eine solche Ausstellung für ihre Zwecke mißbrauchen. Das ist auch nicht abwegig, denn die Neue Rechte schmückt sich gerne mit einem gewissen Kunst''verständnis''. Ihren Wohlgefallen an Kunstwerken aus der NS-Zeit verteidigen sie dann mit dem Hinweis auf die Eigengesetzlichkeit jeglicher Kunst. Es ist- wie immer- eine Frage der Repräsentation. Ohne Kommentierung wäre eine Ausstellung von Nazikunst immer zu gefährlich. Interessant an dieser Diskussion ist allerdings, daß niemand darauf eingeht, welche Werke aus dem Naziregime (im Gegensatz zu denen aus der Ex-DDR) immer noch herumstehen und von allen unkommentiert bewundert werden können. An welchen Plätzen welche Skulpturen immer noch stehen und welche Bauten nach wie vor die Ewigkeit der faschistschen Werte verkünden. Das wäre ein Punkt, den anzugehen sich lohnt. ■

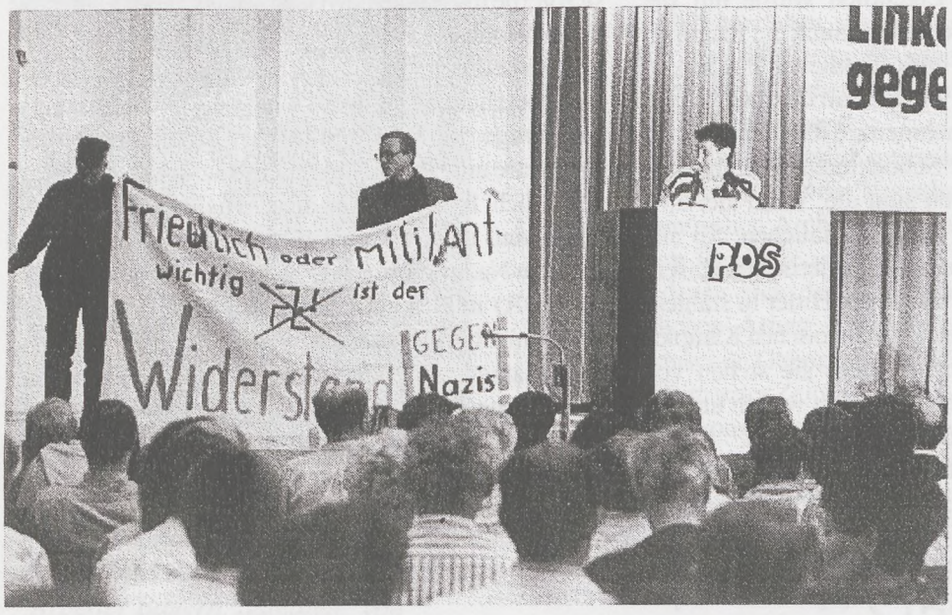
Take it Gysi?

Ob die PDS wählbar ist für die außerparlamentarische Linke, hängt weniger davon ab, wie sich die Partei selbst definiert, als vielmehr von ihrer Brauchbarkeit für die politische Arbeit linker Zusammenhänge in Zeiten zunehmender Repressionspolitik.

Wählen gehen oder nicht? Das ist die Frage, die für viele Linke immer drängender wird, je näher der Bundestagswahltermin rückt. Soll sich die antifaschistische Linke an dem Bundestagswahlspektakel beteiligen oder nicht. Oberflächlich betrachtet, gibt es wenig Gründe und noch weniger geeignete Parteiprogramme, die dazu verleiten, eine der derzeitigen linken Parteien zu wählen.

Der einzigen linken Partei, der dabei Bedeutung zugemessen wird, ist die PARTEI DES DEMOKRATISCHEN SOZIALISMUS (PDS). Diese wird allerdings häufig als institutionengläubig,, also sozialdemokratisch angesehen. Manche KritikerInnen schätzen die PDS als linksnational populistisch ein.In den Zeitungen und Zeitschriften der radikalen Linken wie KONKRET oder dem AK (Analyse und Kritik, ehemals Arbeiterkampf) wird obige Frage dementsprechend heftig diskutiert. Ist die PDS schon jetzt korrumpiert durch ihre Anbiederei an die bürgerlichen politischen Institutionen und Medien (''Konstruktive'' Gremienarbeit in den Parlamenten, Gysis Fernsehshows usw.) oder ist sie aufgrund des durch die Altparteien und die bürgerlichen Medien gepflegten Schmuddelimages der SED Nachfolgerin noch von den Vereinahmungsprozessen verschont geblieben Die zwangsläufige Integrierung in das bürgerliche Hegemonialsystem - da sind sich ja alle ernstzunehmenden linken Kritiker einig - ist Schick-

sal einer jeden politischen Gruppierung, die sich auf die bürgerlichen Spielregeln von Macht und Herrschaft einläßt. Selbst der ehemalige Vorsitzende der PDS Gregor Gysi schätzt die Chancen für eine zwischen linker Identität und bürgerlichem Anpassungsdruck lavierenden Politik, also sogenannter konstruktiver Oppositionsarbeit versus Kapitalismuskritik nicht allzu positiv ein. Augestattet mit den Erfahrungen aus dem Bundestag, wurde einem Teil der reformfreudigen PDSlerInnen durchaus bewußt, daß Parlament und bürgerliche Hegemonie zusammengedacht werden müssen. Einem System, das grundlegend durch kapitalistische und patriachale



Normen und Verhaltensmustern geprägt ist, ist nicht mit "Konstruktivität" und moralischer Aufrichtigkeit beizukommen. Dieser Erkenntnis folgt aber nicht etwa parteipolitische Abstinenz. Neben denjenigen reformfreudigen SozialdemokratInnen in der PDS, für die ihre Parlamentsarbeit nicht von systemnegierenden Gedanken beeinflußt ist, gibt es eine wichtige Gruppe radikaler Linker, die sehr wohl die Funktion des Parlaments als abhängige Institution bürgerlich-kapitalistischer Klassenherrschaft analysieren.

Parlamentarische Klasssenherrschaft

Aus der strukturelle Verknüpfung kapitalistischer Ökonomie und bürgerlicher Herrschaftsinstitutionen sollte nicht der Schluß gezogen werden, die Parlamente seien ferngelenkte Handlanger des Kapitals. Sie erfüllen ihre Arbeit in dessen Sinne, aber die Parlamente agieren insofern eigenständig, als sie politische Weichen stellen, mit Gesetzen hantieren, sich selbst zur erkennbaren Institution der Macht machen. Manche sozialdemokratische PolitikerInnen mögen dabei ja systemstabilisierende Maßnahmen wie das neue Verbrechensbekämpfungsgesetz als freiheitfördernd uminterpretieren. Der Mehrheit der politischen Elite ist jedoch bewußt, daß ihre Repressionspolitik der Klassenherrschaft nutzt, weil sie die soziale Selektion vorantreibt, indem sie Menschen sozialer Deklassierung und rassistischen Gesetzen aussetzt. Die Verschlechterungen von sozialen und politischen Bedingungen sind notwendige Effekte der Herrschaftsstabilsierung.

Bürgerliche Opposition und Regierung bilden eine charakteristische politische Einheit in deren Selbstverständnis es gegeben ist, parlamentarisch zu agieren. Selbstgerecht halten sie ihr parlamentarisches Handeln für selbstbestimmte Politik. Sie sind der "sichbare Träger von Macht" (Agnoli) und üben diese für alle sichtbar aus. Im Handeln der staatlichen Institutionen wird die abstrakte politische und kulturelle Hegemonie des profitwirtschaftlichen Systems konkret und für alle alltägliche Realität. Die Politik der bürgerlichen Parlamente erzeugt strukturell bedingt repressive Effekte, die nicht zufällig entstehen, sondern Ausdruck des politischen Willens sind. Bürgerliche Opposition und Regierung arbeiten Hand in Hand auch gegen ihre selbsternannten ethischen Normen und Bekenntnissen zur Menschenwürde , um die bürgerliche Hegemonie und die ökonomische Herrschaft zu sichern. Sie überschreiten politische Grenzen, die nach dem Faschismus als unüberwindlich galten. Die gesellschftliche Legitimationsideologie wird den ökonomischen und den Machbedin-

gungen angepaßt.

Die rassistischen Asylgesetze, der frauenfeindliche 218, die Zerstörung der sozialen und kulturellen Strukturen in den Neuen Bundesländern, die regierungsamtliche Vertuschung der Ermordung Wolfgang Grams, das sind beredte Beispiele dieser Politik. Sie wird auch dadurch möglich, daß eine aktive außerparlamentarische Öffentlichkeit nicht oder nur noch schwach auszumachen ist. Die gezielte (und alte bekannte) Deinformationsstrategie der deutschen Regierungen gegenüber der Öffentlichkeit ruft keinen gesellschaftlichen Widerstand mehr hervor. Es kann heute von einer Faschisierungstendenz in der Zivilgesellschaft und den staatlichen Institutionen (in Form einer gleichgeschalteten, weil gleichförmigen Öffentlichkeit und einer Aushebelung der systemimmanenten Kontrollierbarkeit von Regierung und Verwaltung) gesprochen werden. Die staatlichen Institutionen sind dabei ein tragende Kraft dieser Entwicklung. Sie organisieren die Erfordernisse einer repressiven Gesellschaftsveränderung. Die verschlechterten Profitmöglichkeiten des Kapitals schlagen voll auf die soziale und politische Wirklichkeit in der BRD-Gesellschaft durch. Aufgabe des Parlaments ist es eine Politik zu legitimieren, die die Regierung ganz im Sinne der Systemstabilisierung betreibt.

Handeln oder Zähneklappern

PDS ParlamentarierInnen wie Ulla Jelpke haben mit ihrer Arbeit der letzten Jahre eine notwendige Aufklärungsarbeit hinsichtlich der Wirkungen von Regierungsentscheidungen wie auch bezüglich des Europakomplotts geleistet. PDSlerInnen stellten faktisch die einzige radikal-demokratische Opposition des Bundestages. Dies erzielt keine offensichtlich systemdestabilisierende Politik. Jedoch eröffnete diese Öffentlichkeitsarbeit, der außerparlamentarischen Linken notwendige politische Informationsbereiche. Ist es nicht so, daß ohne die Arbeit verschiedener Abgeordnete der PDS wichtige Informationen nicht aus dem Bundestag an die Öffentlichkeit gelangt wären. Während zum Beispiel die bürgerlichen Medien die Verschleierungspolitik der Regierung im Mordfall Grams mitgetragen haben, konnten linke Medien unter anderem von der Arbeit des Büro Jelpkes profitieren. Das reicht zur Zeit wohl nicht aus um eine effektive Gegenmacht aufzubauen oder nur eine breitere Gegenöffentlichkeit zu entwickeln. Das PDS Engagement leistet aber einen Teil der notwendigen Aufrechterhaltung linker Strukturen. Dazu ist die antikapitalistische radikale Linke alleine im Augenblick nicht in der Lage. Darum sollten ganz emotionslos und ohne die Parlamentskritik zu negieren die politischen Möglichkeiten der Oppositionsarbeit im Parlament wahrgenommen werden. Die derzeitige politische Situation in der Linken ist geprägt von Nichtstellungnahme und Enthaltsamkeit, fast schon innerer Emigration, wenn nicht gnadenlosem Abheulen. Dazu kommt die häufig arrogante, dogmatische Abgrenzung gegen die reformistischen sozialistischen Gruppen durch die "echten" Linken. Es ist kontraproduktiv über die wichtige Kritik an konkreten Fehlern refomistischer Politik hinaus ihre VertreterInnen undiffernziert zu diffamieren und keinerlei Kontaktpunkte zu akzeptieren. Es existiert bei der PDS und anderen linksreformistischen Gruppen ein Grundkonsens zur Antirepressionsarbeit, der es möglich macht, deren Strukturen zu nutzen, ohne von davon vereinnahmt zu werden. Diese Strategie zwingt nicht zur Herausgabe der eigenen politischen Überzeugungen. Wer als radikal LinkeR die PDS wählt braucht weder Parlamentarismus noch diese sozialistische Partei substantiell anzuerkennen. Es ändert aber auch nichts nicht wählen zu gehen. Wer wählt, nimmt die kleinen Möglichkeiten wahr, die die PDS-Anwesenheit erbringt. Das muß als Motivation genügen. ■

Ein Leserbrief zur Zukunft der TANZ und eine erste Antwort

Die TANZ gibt es ja schon über ein Jahr, Zeit so eine Art Resume zu ziehen - woher kam die TANZ, was wurde erreicht, wohin soll sie?

Was die TANZ die ganze Zeit über geleistet hat, sind ausführliche Hintergrundinfos über Nazis, FaschistInnen und Neue Rechte. Einschätzungen, Analysen und Meinungen zum Rechtsruck in diesem Staat/dieser Gesellschaft waren kontinuierlich drin. Regionale Geschichten waren, aus antifaschistischer Sicht, in letzter Zeit nur von Reutlinger Antifas drin. Das war es dann meiner Meinung nach schon, bzw. ich bin bei dem was die TANZ nicht geschafft hat.

Nicht geschafft worden ist es, aus meiner Reutlinger Sicht, der TANZ einen öffentlichen Namen zu machen, in den bürgerlichen Medien aufzutauchen bzw. eine gesellschaftliche Auseinandersetzung anzukurbeln. Weiterhin habe ich mich gefragt, was kann ganz allgemein der Sinn einer regionalen antifaschistischen Zeitung sein ?

Einerseits eine ''Agitationszeitung'', die sich vor allem an Jugendliche richtet, und von Aufmachung, Layout und Werbung her auch auf so was ausgerichtet ist. Diese Art von Zeitung beinhaltet Hintergrundinfos über Faschos, regionale fascho- und Antifaaktivitäten und verständlich geschriebene Artikel zu z.B. Repression, Kurdistan... eben zu allen möglichen linken Themen, die die Leute bewegen. In so einer Zeitung macht sich ein Kulturteil sicherlich gut. Eine regionale Antifazeitung kann auch eine Recherchezeitung sein. Logo, was da rein soll:

Alle nur erdenklichen Hintergrundinfos über Naziparteien/ Organisationen und ihre führenden Figuren; Berichte über die Braunzone, die rechtsintelektuellen Diskurse zwischen Konservativen und Neue Rechte. Natürlich sollte auch eine gesellschaftliche Einordnung dieser ganzen Berichte nicht fehlen. (starker Staat, rassistische Gesetze, Medienterror) Die TANZ ist weder das eine noch das andere, keine ''Jugend-Agit-Zeitung'', weil die TANZ

nicht von einer aktiven Antifa(jugend)gruppe herausgegeben wird, die in der Lage wäre, vor Schulen usw. den Verkauf zu organisieren und den Jugendlichen/Interessierten konkrete politische Ansatzpunkte zu geben. Das andere, eine Recherchezeitung ist sie auch nicht, da ich behaupte, daß die Region zu klein für eine Zeitung ist, die sich ausschließlich an Antifas richtet. So eine Zeitung müßte Ba-Wü- weit sein.

Zurück zum Resume - wenn die TANZ so weitermacht, glaube ich, daß sie maximal noch zwei bis drei Nummern bestehen wird. Was sich nicht weiterentwickelt bleibt stehen und geht ein.

Wie geschrieben, eine Antifajugendzeitung oder eine Recherchezeitung ist meiner Ansicht nach nicht möglich, deshalb argumentiere ich für ein neues Projekt:

eine linke Diskussionszeitung, getragen von einem möglichst breitem HerausgeberInnenkreis, organisiert von einem festen, halboffenen Redaktionskollektiv, mit den politischen Schwerpunkten Antifa, Antirassismus, Diskussion um linke Organisierung und Perspektiven, mit dem dokumentarischen Schwerpunkt militanter Antifaschismus.

Jetzt wird es ein bißchen chaotisch, da ich nochmal was zum Thema Repression schreiben werde.

In Tübingen liefen wirklich viele direkte Aktionen gegen Nazis und RassistInnen, und die Bullen haben niemand gekriegt. Die Bullen haben seit Anfang der Achtziger, seit das losging, niemanden gekriegt. Klar, daß sie unter Druck stehen Erfolge vorzuweisen. Da viele Anschläge/Angriffe gegen den Faschismus gerichtet waren, ist klar daß sie gegen die legalen autonomen antifaschistischen Zusammenhängen ansetzen werden. Und da gibt es in Tübingen nur die TANZ. Und die TANZ hat noch dazu Erklärungen dokumentiert. Wie kann die TANZ geschützt werden ? Durch eine möglichst große Breiten- und Außen-Wirkung, meiner Meinung nach. Jetzt nach außen gehen ! Einen breiten TrägerInnenkreis für die Herausgabe der TANZ schaffen, von der TANZ sollte es breit Abos geben können, vielleicht könnte sogar Werbung veröffentlicht werden? Die Tanz sollte eine politische Relevanz für viele linke/linksradikale Gruppen in Reutlingen/Tübingen erlangen.

Weil es nicht angeht, daß die Gruppen für sich diskutieren, sich isolieren.... wir wollen hier für die klassenlose Gesellschaft kämpfen, da ist es das mindeste das wir zusammen diskutieren und uns gegenseitig informieren, daß wir unsere Konzepte, Strategien und Inhalte transparent machen. Für den Beginn dieser Auseinandersetzungen könnte die TANZ ein wichtiges Instrument sein. Bitte verhaltet Euch zu diesem Aufruf !!!

Nochmal ein paar praktische Sachen:

*inhaltliches Konzept: -Hintergrundinfos etc., was die TANZ jetzt schon leistet :-Diskussionszeitung, Forum für alle linken/linksradikalen Gruppen und Einzelpersonen.

*um das zu erreichen muß sich an der organisatorischen Struktur was ändern:

-Brechen wir mit diesem ''autonomen und konspirativen'' Anspruch, eine Zeitung wo Du kein Abo machen kannst, die keine Kontonummer hat und die nicht offen verkauft werden kann, ist nicht greifbar. Um das Redaktionskollektiv der TANZ vor Repression zu schützen, muß der HerausgeberInnenkreis so breit wie möglich sein, sonst würde so ein Projekt auch keinen Sinn machen.

*Die TANZ wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben, das offen ansprechbar ist, und sich vor allem um interessierte Einzelpersonen erweitern kann.

*Die technische Arbeit wie Aboverschickungen und Auslieferung kann evtl. mit bereits bestehenden Antifazusammenhängen gemeinsam gemacht werden.

*Die TANZ wirbt für sich und läßt in sich werben, was nochmal ein Schutz sein kann.

* Es ist die Aufgabe von allen Linken dieses Projekt umzusetzen, wenn das Redaktionskollektiv der TANZ einverstanden ist.

Hoffnungsvoll Euer Ilja, ein organisierter Antifa aus Reutlingen ■

Eine erste Antwort aus der Redaktion

Es ist sicherlich richtig, ein Jahr nach Erscheinen der ersten TANZ der Frage nachzugehen, was die Zeitung geleistet hat und wohin sie sich bewegt. Die TANZ hat insofern keine klare Linie, als sie von ganz unterschiedlichen Leuten gemacht wird. Die Beiträge, die in der TANZ veröffentlicht werden, sind eine Mischung aus Dokumentation, Berichterstattung über Faschoaktivitäten und Analyse. Iljas Kritik setzt an diesem Punkt an: Die TANZ sei weder Agitationszeitung, noch sei sie eine reine Recherchezeitung. Daß sie weder das eine, noch das andere sein kann, hat er dargelegt. Für mich stellt sich jedoch die Frage, ob es überhaupt Sinn macht, sich ausschließlich auf eines dieser Konzepte zu stützen. Die TANZ ist zwar manchmal ein bißchen konfus, dafür bietet sie aber für alle, die sich für das Thema Antifaschismus interessieren, doch mal den einen oder anderen lesenswerten Artikel. Würden wir uns einzig darauf beschränken, Jugendliche gegen Faschos zu mobilisieren, an den Schulen präsent zu sein und offen für die gerechte Sache des autonomen Antifaschismus zu werben, so wäre uns und auch vielen LeserInnen damit sicher nicht gedient. Es gibt viele Leute, die eben auch an anderen Inhalten interessiert sind.

Die TANZ aus der Sackgasse rausbringen, aber wie? Ilja rät, das Blatt zu einer offenen, linken Diskussionszeitung zu machen. Seine Argumente: Die TANZ sei von Repression bedroht, weil die Tübinger Bullen in Ermangelung eines Fahndungserfolges gegen irgendwelche militanten Antifas sich an diejenigen hielten, die greifbar seien. Er schlägt einen breiten TrägerInnenkreis vor, der die TANZ schützen soll. Dadurch könnten sich auch mehr Leute an Diskussionen beteiligen, die Strukturen würden transparent gemacht werden, die Weichen für linke Diskussionen gestellt.

Da ist einige Wahres dran. Natürlich ist es nicht besonders angenehm, daran erinnert zu werden, daß die TANZ in Tübingen das einzige ist, woran die Bullen sich halten könnten. Wir haben in einigen Ausgaben Bekennerschreiben veröffentlicht, die uns zugeschickt wurden. Aber das ist auch schon alles. Es wäre sicherlich schön, könnten wir mit vielen anderen Leuten zusammen an die Öffentlichkeit gehen und sagen: Schaut her, wir machen diese Zeitung, jetzt sagt uns mal endlich, was daran scheiße ist! Daß eine Zeitung kriminalisiert werden könnte, die von vielen Menschen aus verschiedenen Gruppierungen getragen wird, halte ich in der Tat für unwahrscheinlich. Es gibt aber andere Gründe, die uns bisher davon abgehalten haben, solche Strukturen anzugehen. Zum einen gibt es bei uns Leute, die es nicht toll finden, den Faschisten Namen und

Adresse zu überlassen - zumal die Steckbriefe der Neonazis gezeigt haben, was damit passieren kann. Zum anderen glaube ich nicht, daß besonders viele AntifaschistInnen in der Region Lust auf kontinuierliche Diskussionen haben. Damit würden wir auch viele LeserInnen ausgrenzen, die nicht unbedingt interessiert sind an den gruppendynamischen Prozessen innerhalb der autonomen AntifaschistInnen. Ich lehne eine reine Diskussionszeitung ab, das wäre zu einseitig. Ich hege auch keine große Hoffnung, daß sich viele Leute an der TANZ beteiligen oder zumindest Anregungen geben würden. Das hat nämlich in diesem ganzen langen Jahr kein einziger Mensch getan. Und so konspirativ waren wir nun auch nicht, daß es nicht hätte gelingen könen, an uns heranzukommen. Zugegeben: Verkaufen läßt sich die TANZ ganz gut. Sie wird von vielen Leuten gelesen. Aber ohne spürbares Engagement von außen kann es so wirklich nicht weitergehen. Ob aber eine öffentliche TANZ dazu beitragen könnte, die LeserInnen stärker an das Blatt zu binden, möchte ich bezweifeln. ■

Kommunikationsguerilla gegen Medienmacht

"Rechtsradikale, dumpfe Triebtäter gegen alles, was anders ist, hatten Molotowcocktails in Wohnungen geworfen, Fremde verprügelt, Gräber zerstört. Ihnen wollten die Demonstranten zeigen, wie die Mehrheit der Deutschen denkt und wofür sie eintritt. Linksradikale, dumpfe Triebtäter, auch sie gegen alles was ihren kümmerlichen politischen Horizont übersteigt, versuchten die Kundgebung mit Steinwürfen, Trillerpfeifen und anderer Gewalt zu sprengen." Dieses Zitat stammt aus einem Kommentar zur großen Berlindemo, die die Regierung gegen "Fremdenhaß" inszinierte. (Südwestpresse vom 9.11.1992.) Es wirft ein Schlaglicht darauf, wie die radikale Linke, die autonome Antifa in der Öffentlichkeit behandelt wird. Links ist gleich rechts, eine alte Formel die sich trefflich durch die bürgerliche Öffentlichkeit zur Abgrenzung von systemkritischem Antifaschismus nutzen läßt.

Das Bild der gewaltverherrlichenden Autonomen, das in den Medien entworfen und in die Wohnzimmerstuben der Deutschen projeziert wird, beschreibt gezielt eine verzerrte Realität, die alle einstudierten Vorurteile der NachrichtenkonsumentInnen wahr erscheinen läßt. Die künstlich produzierten Clichés von AusländerInnen, Linken und sonstigen "Störfaktoren" zu dem wie diese bequemerweise zu sein hätten - wir kennen sie aus den Printmedien, den Fernsehnachrichten, aber auch aus Fernsehspielen etc.- verhindern ein wirklichkeitsnahes Bild von Menschen und Politik in der

Öffentlichkeit. Die Frage ist, warum haben diese duch Staat und Medien forcieren Denunziationen so großen Erfolg.

Um die Wirkungsweisen medialer Beeinflussung auf die Rezepienten, aber vor allem auch um die Formen und die Herkunft rassistischer und reaktionärer Berichterstattungen in den Medien, geht es den AutorInnen und HerausgeberInnen der autonomen a.f.r.i.k.a. Gruppe/Mittlerer Neckar in ihrem im August erschienen Buches zu diesem Thema. Sie fragen nach den Relationen der Medienmacht, um herauszufinden wie linker radikaler Widerstand Einfluß

nehmen kann auf die Wirklichkeitswahrnehmung der Menschen innerhalb einer von den bürgerlichen Institutionen (von den Parteien bis zu den Massenkultureinrichtungen) hegemonierten Gesellschaft Die AutorInnen des Buches ''Medienrandale - die Macht der Medien - Ohnmacht der Linken?'' erabeiten anhand von Beispielen und Einschätzungen zum medialen Rassismus eine Analyse der Intentionen der MedienmacherInnen. Es geht in den verschiedenen Beiträgen des Buches dabei weniger um die offensichtlich rassistischen Begriffe, die sich viele JournalistInnen zugelegt haben. Die Rede von der ''Asylantenflut'' etc. wird ja von liberalen Medienverantwortlichen selber angeprangert (''Worte werden zu Brandsätzen''). Die AutorInnen sind sich einig darin, daß nicht journalistische Schlamperei den Weg für die rassistische Terminologie ebnet. Sie ist ebensowenig ein Zufall in dieser Zeit wie auch die faschistischen Pogrome nicht die Folge sind von sozial motiviertem und zufällig auf AusländerInnen projeziertem Protestes. Es genügt auch nicht zu sagen, daß die ''unbedachten'' Hetzkampagnen populistischer Presseorgane den Pöbel aufgehetzt hätte. Das Problem des Rassismus in den Medien, in der Politik, in den Köpfen der Menschen, läßt sich nur aus der gesamtgesellschaftlichen Analyse erklären. Die AutorInnen warnen davor eindimensional die Wirkung der Medien als gewaltige Manipulationsmaschinerie zu überhöhen. Bürgerliche Medienkritiker neigen beispielsweise dazu die zunehmende Gewaltbereitschaft, die bei Jugendlichen diagnostizieren als Ergebnis der Horror- und Gewaltvideos zu betrachten. Diese Erklärungsmuster dienen nur dazu von den wirklichen Gründen zunehmender Gewalt abzulenken. Die systemimmanente strukturelle Gewalt wird mit diesen einfach handhabbaren, wenn auch unbewiesenen Schwarz-Weiß - Erklärungen verdeckt. Dagegen halten die AutorInnen: ***''JournalistInnen sind ebenso wie eine große Anzahl von MedienkonsumentInnen NutznießerInnen der strukturell rassistisch-nationalstaatlich verfaßten bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft und haben weder ein gesteigertes Interesse, sich dieser Verhältnisse zu entledigen, noch verfügen sie über mehr Interesse als der Durchschnitt der Bevölkerung, die eigenen Privilegien kritisch zu hinterfragen und sich außerhalb der Dominanzkultur zu stellen.''*** (Seite 128) Mit dieser Aussage verweisen die AutorInnen,die moralisierenden Hoffnungen systemimmanent argumentierender KritikerInnen, die Medien reformieren zu können, ins Reich bürgerlicher Blütenträume.

Sowohl Gewalt und Rassismus wie auch der Umgang damit, sind Teil der Herrschaftsstrategie. Ablehnung des Anders-Seienden ist praktisch allen Menschen sozialisierter Teil ihrer Persönlichkeit. Klassensysteme leben davon, Abgrenzung und Selektion in den Köpfen der Menschen zu verankern.

Der kapitalistische Ellenbogenkampf ist noch das sichtbarste Beispiel, in welcher Form asoziale Verhaltensweisen als ein notwendiger Bestandteil des freien Marktes fungieren. Die mediale Aufarbeitung beispielsweise des derzeit durch die Politik gezielt lancierten Diskurses über sogenannte ''Ausländerkriminalität'' ist folglich kein primär rassistisches Thema rassistischer Medienmacher. Die Politik nutzt hier lediglich die psychologischen Bedingungen einer sozial deformierten Gesellschaft, um ihr eigentliches Ziel durchzusetzen. Irrationale Ängste vor unberechenbaren fremden Gefahren (Mafia, ''Armutflüchtlinge, Drogengangster, Großmutterkiller, Ladendiebe) werden von der Politik gepflegt um den Staat totaler Kontrolle, den Polizeistaat aufzubauen. Die Medien bestätigen und potenzieren lediglich schon vorhandene Einstellungen ihrer KonsumentInnen. Dazu zitieren die AutorInnen den Rassismusforscher Stuart Hall:

''Wenn Rundfunk und Fernsehen irgendeine dieser Fragen behandeln, sind ihre Ausgangspunkte, ihre Parameter und Bezugsrahmen dieselben wie diejenigen, die der Staat für die Gesellschaft gesetzt hat. (...) Die Anstalten orientieren sich ständig an Verschiebungen und Trends in der etablierten politischen Kultur und passen sich ihnen an.'' (Seite 127)

Die MedienkonsumentInnen jedoch nehmen diejenigen Informationen für sich an, die ihnen Bestätigung und Sicherheit für die eigene bzw. normgerechte Wirklichkeitsbetrachtung bieten.

Kommunikationsguerilla und Militanz

Der Aufbau von aufgeklärten Medienstrukturen, die mehr als nur die üblichen Linken erreichen, scheitert an den benannten gesellschaftlichen Vorgaben. Währenddessen bleibt militanter Widerstand ein notwendiges Abwehrmittel gegen Nazi-Skins und Nadelstreifenfaschisten. Die HerausgeberInnen der ''Medienrandale'' haben aber in das traditionell autonome Militanzkonzept eine weitere Variante eingebracht, die sich aus den Erkenntnissen über die Mediengesellschaft ergeben. Subversive kommunikative Militanz heißt das Stichwort, mit dem sie eine Kommunikationsguerillerastrategie entwickeln wollen. Diese richtet sich weniger gegen die anders zu bekämpfenden Nazis, als gegen die reaktionären bürgerlichen Medien, PolitikerInnen, Aktivbürger etc. Es geht um eine Verwirrtechnik, mit Hilfe derer in politischen Veranstaltungen oder in z.B. rassistischen Alltagssituationen auf der Straße für Verwirrung gesorgt werden soll. Durch die Persiflierung, die Übersteigerung des Gewohnten, sollen feste Kommunikationsstrukturen durcheinandergewirbelt werden. Wenn Volker Rühe kommt, wird er niedergejubelt, es werden fiktive Absagen von CDU-Veranstaltungen verschickt oder Veranstaltungen durchgeführt zum Gedenken an den Deutschen peinliche Persönlichkeiten wie Bomber-Harris, gegen die sich aber niemand öffentlich was zu sagen traut, weil er ein englischer Kriegsheld gegen die Nazis ist. Auf der Straße wird der rassistische Passant der AusländerInnen anmacht mit seinen eigenen Waffen geschlagen: ''Wo hast Du Rotzbengel eigentlich Manieren gelernt? Schämst Du Dich nicht? Keine Kinderstube aber auch! Was fällt dem denn ein, sich hier so flegelhaft zu benehmen? Einfach auf der Straße so rumzupöbeln? Mach, daß du weiterkommst. Früher hätte es das nicht gegeben.''

An zahlreichen Beispielen versuchen die AutorInnen einen Weg zur Schaffung einer neuen Militanz aufzuzeigen, die ein kommunikatives Chaos erzeugen soll. Es fällt schon eine gewisse Diskrepanz auf zwischen der Medienanalyse und den praktischen Schlußfolgerungen für die autonome politische Praxis. Die Tragweite der Aktionen ist eben sehr gering im Vergleich zur Wirkung der Medien. Trotzdem erscheint es sinnvoll, diese kommunikative ''Chaospraxis'' als eine mögliche Widerstandsform wahrzunehmen. Verwirrung zu stiften ist allemal kein Fehler. Daß sich daraus eine revolutionäre Politikstrategie entwickeln ließe, behaupten die AutorInnen nicht. Sie verweisen aber auf die relative Reichweite aller politischen Aktionsformen, die eine ''kleine radikale Minderheit'', wie die Autonomiebewegung, in unserer Betonwelt hervorbringen kann. ■

Nazi-Spucki in der Weststadt

Dieser Spucki wurde in der Weststadt an einem Laternenpfahl gefunden. Der Inhalt ist infame Lüge pur:

Nazis und Juden taten Unrecht, aber das Rudolf-Gutachten beweist:
ES GAB KEINE GASKAMMERN
IN AUSCHWITZ
ZUR JUDENVERGASUNG
Die Max-Planck-Gesellschaft überprüfte das Rudolf-Gutachten. Resultat: Keine fachlichen Fehler!
Eine Kurzbesprechung des Rudolf-Gutachtens und weitere Dokumente erhalten Sie gegen Einsendung von 10 Mark in bar an:
British Historical Society
20 Madeira Place, GB-Brighton, East Sussex, BN2 ITN

Dahinter steht Otto Ernst Remer, früherer Nazi-General, der an der Niederschlagung des Aufstandes vom 20. Juli 1944 beteiligt war. Er wurde 1950 zum stellvertretenden Vorsitzenden der SRP (sozialistische Reichspartei, 1952 verboten) gewählt und ist auch heute noch sehr aktiv, besonders, was die Leugnung der Millionen Morde von Menschen im Faschismus anbelangt. Auch Verurteilungen, 1991 zu einer Geldstrafe und 1992 zu einer Haftstrafe von 22 Monaten, hindern ihn (natürlich) nicht daran.

Remer gab bei dem Diplomchemiker Germar Rudolf ein ''Gutachten'' in Auftrag. Rudolf, der einen befristeten Arbeitsvertrag beim Max Planck Institut für Festkörperforschung in Stuttgart hatte, beauftragte das chemische Institut Fresenius mit der Untersuchung von Gesteinproben auf Blausäure (Cyanid)-Verbindungen. Es benutzte die Briefbogen des Max Planck Instituts, um dem Ganzen einen seriösen Anstrich zu geben. Später behauptete er, die Gesteinproben, die kein Cyanid aufwiesen, seien aus Ausschwitz. Damit sollte im ''Gutachten'', das von Remer an Journalisten und HistorikerInnen massenhaft verschickt wurde, der Beweis erbracht sein, in Ausschwitz hätten keine Vergasungen stattgefunden. Cyanidverbindungen zerfallen aber sehr schnell und lassen sich daher schon nach 6 -8 Wochen nicht mehr nachweisen.

Dieser Spucki ist mal wieder der Beweis dafür, wie unverbesserliche Revisionisten nach wie vor Naziverbrechen leugnen und Opfer und Täter in einen Topf werfen und zwar auf plumpeste Weise. Unfaßbar, daß der Verbreitung solcher Schweinereien angeblich nicht Einhalt geboten werden kann, weil der Vertrieb aus dem Ausland geleitet wird. ■

Zelle bleibt - am Echazufer!

''Zelle und Cafe'Nepomuk ins Foyer - aber zackig!'' So lautete die Forderung. Was ist davon geblieben? Das Nepomuk befindet sich in seinen Wunschräumlichkeiten, der Zelle dahingegen wurde das verwehrt. Nicht zackig sondern sondern zickig stellte sich die Stadt (Verwaltung/Gemeinderat) an, obwohl es bis heute noch keine billigere oder bessere Lösung gibt.

Aber der Reihe nach:

Angefangen hat alles, als die Zelle 1986 von den Überbauungsplanung der Oberen Wässere durch die Immobilienfirma Schöller & Partner Wind bekommen hat. Unter dem Motto ''Sanierung nur mit uns'', hat die Zelle 1989 eine Anfrage an Kulturamtsleiter Ostberg, den ehemaligen Stadtjugendpfleger Beutel und den Finanzbürgermeister Hahn wegen Bebauungsplänen und Veränderungen in der Oberen Wässere gestellt. Bis April 1990 kommen von der Stadt immer wieder Statements, daß sie nichts sagen können, dürfen, wollen...Dann aber, einen Monat nachdem Familie Engels verkauft hat (ihr gehörten die Gebäude um die Zelle herum), erhält die Zelle ein Schreiben vom Liegenschafts- und Stadtplanungsamt: voll mit Facts, die die Zelle

''noch nicht betreffen''. Letztlich machte es keinen Unterschied, ob dem Schreiben naive Ahnungslosigkeit oder bewußte Täuschung vorgeworfen werden muß, es war unterm Strich 'ne Verarschung!

Die Reaktion der Zelle war der ''Durchbruch'': Im Sommer 1990 wurde der Backstage-Raum in die angrenzende städtische Lagerhalle gebaut und dazu gab's die gleichnamige Dokumentation. Zur gleichen Zeit erfährt die Zelle, daß der Mietvertrag nicht um fünf weitere Jahre verlängert wird - obwohl die Planungen der Stadt die Zelle anscheinend nicht betreffen. Also folgt im Dezember '90 eine BesucherInnen-Vollversammlung: ''Wenn wir der Stadt in den Arsch kriechen, braucht sie nur ihren Schließmuskel zuzudrücken...'' so ein Zitat eines späteren Zellemitarbeiters. Die nächste Aktion der Zelle, um bei der Stadt Druck zu machen, war die Marktplatz-Disko im Juli 1991. Auf dem Zelle-Seminar im Oktober '91 in Lutter beschließen die MitarbeiterInnen von der Forderung ''Zelle bleibt!'' (in der Oberen Wässere) abzurücken, weil sich die Chance auftat, bei den freiwerdenden französischen Liegenschaften ein Gebäude zu finden, das dem in Lutter aufgestellten Forderungskatalog gerecht wird. Im Dezember folgt eine Pressekonferenz in der die Zelle ihre Forderungen öffentlich macht: Adäquate Räume, innenstadtnah, Übernahme des Umzugs und der Umbauarbeiten durch die Stadt, Umzug nur in der Sommerpause, keinen städtischen Zugriff auf die Strukturen der Zelle - Zelle bleibt autonom!

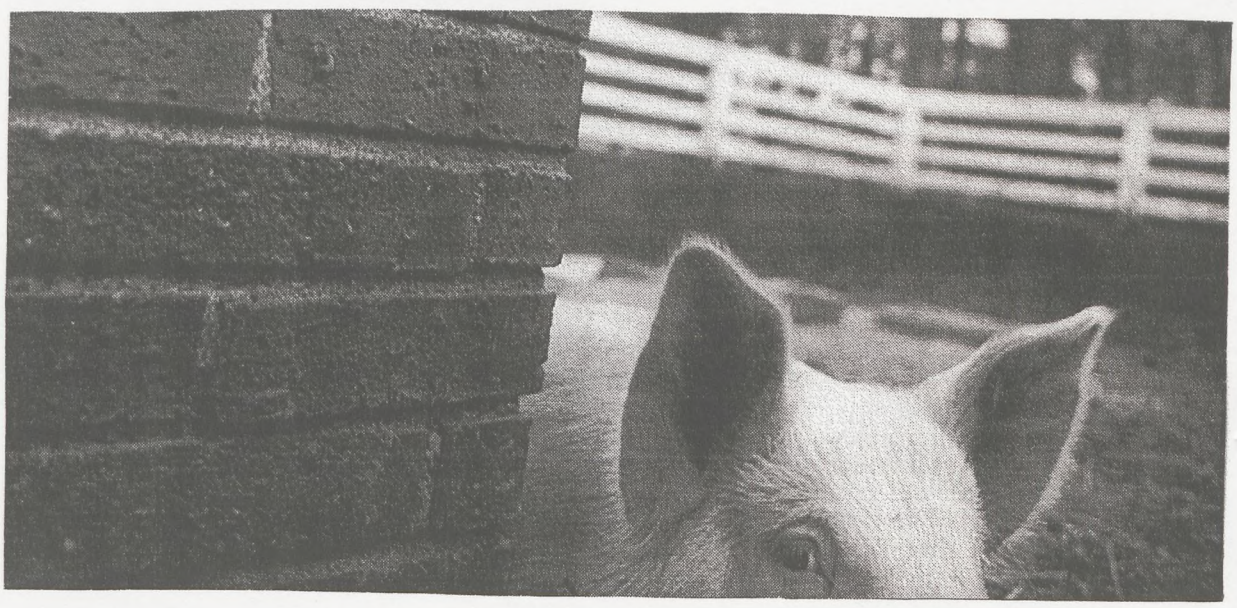
Im Juli '92 folgte das Fest in der städtischen Früchteverwertung gegenüber der Zelle (wo jetzt die Parkplätze sind) unter dem Motto ''Der Tanz auf dem Kanal geht weiter!''. Auf einem Seminar in Upflamör wird die Forderung ''Zelle und Nepomuk in's Foyer'' beschlossen. Es erscheint eine Dokumentation zu diesem Thema und die Zelle fordert ein Gespräch mit Kulturbürgermeister Eichert, das aber nicht zustande kommt. Nach einem Gespräch mit dem Liegenschaftsamt im Januar 1993, findet im Februar eine erste Begehung der Zelle-MitarbeiterInnen im Foyer Unter den Linden statt. Kurz darauf hängt am Foyer ein Transpi mit der Forderung ''Zelle in's Foyer''. Im März kommt Eichert in die Zelle und sagt eigentlich NIX. Die Antwort der Zelle ist die Foyer-Besetzung im April '93. Sie handelt sich damit zwei Ermittlungsverfahren wegen Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung und Rechnungen für Strom, Wasser blablabla ein.

Im Umgang mit den Rechnungen finden die ZellemitarbeiterInnen keine gemeinsame Linie - also werden sie bezahlt. Die Zelle verhandelt nicht mehr

mit der Stadt, bis die Ermittlungsverfahren eingestellt werden. Die Stadt verhandelt auch nicht mehr, weil sie wegen der Foyer-Besetzung eingeschnappt ist. Trotzdem kommt es im Herbst zu einem Gespräch im Haus der Jugend, bei dem die Stadt nun offiziell die INSEL vorschlägt. Hier handelt es sich um das Eiland in der Echaz runde 200 Meter in Richtung Pfullingen von der jetzigen Zelle entfernt, bei der Araltankstelle - die Bobyczek-INSEL. Dort steht schon ein Häuschen, das eventuell in die Baupläne integriert werden soll. Die Pläne dafür liegen allerdings erheblich über einem Umbau des Foyers. Während des Zelleseminars auf der Burg Waldeck wird eine Gruppe gegründet, die ein Verhandlungskonzept für die INSEL formuliert. Basis für dieses Konzept ist - wie auch schon für's Foyer - der Forderungskatalog aus Lutter. Am ersten Januar '94 wird in einem Brief an Eichert die Zustimmung der Zelle zur INSEL bekundet und ein Planungskonzept und die Raumvorstellungen werden formuliert. Für Anfang April wird ein neuer Gesprächstermin mit Eichert anberaumt. Daß der Termin nicht zustande kommt, wird von seiten der Stadt damit begründet, sie hätten zu viel zu tun. Die Stadt beauftragt jedoch einen Architekten, der erste Pläne entwirft. Die bisherigen BewohnerInnen der INSEL bekommen einen Alternativwohnsitz vorgeschlagen, die Bausubstanz der INSEL wird statisch und finanziell bewertet. Nach dieser Beurteilung will sich die Stadt unverzüglich melden. ''Unverzüglich'' zieht sich dann so lange, bis sich die Stadt mitsamt einem Architekten und zwei verschiedenen Bauvorschlägen (einer bei dem das Häuschen erhalten bleiben soll und einem bei dem es abgerissen würde) wieder in die Verhandlungen einsteigt.

Der Architekt stellt bei einer MitarbeiterInnenversammlung im Sommer 1994 beide Pläne ausführlich vor. Kurz vor dem Sommerloch schiebt die Zelle eine Entscheidung für einen der beiden Pläne hinaus, bis alle Zellis ihre Meinung dazu äußern können Auf dem Seminar in Upflamör Ende September entschließt sich die Zelle für Plan zwei: Das Häuschen soll abgerissen werden, damit bei einem Neubau die gestalterischen Möglichkeiten vielfältiger sind. Außerdem müßte aus feuerpolizeilichen Gründen zwischen das alte Häuschen und die angebaute Veranstaltungshalle eine dicke häßliche Mauer gebaut werden. Zur Zeit sind die ZellemitarbeiterInnen damit beschäftigt, für alle Räume Pläne zu erstellen, die alles erfassen, was Zelle braucht. Außerdem hat sich eine Gruppe gegründet, die sich um die Vorbereitung des Mietvertrags kümmert, denn der Status der Zelle als unabhängiges Jugend- und Kulturzentrum muß festgeschrieben werden. Außerdem zieht die Zelle nur um mit einem langfristigen Mietvertrag in der Tasche. Demnächst wird es zu einem Treffen der Baugruppe kommen, in der sowohl VertreterInnen der Stadt als auch VertreterInnen der Zelle das Bebauungskonzept für die INSEL konkretisieren. Wie und wann es zu einem Umzug kommt ist noch nicht klar. Sicher ist allerdings daß die Zelle die Obere Wässere in absehbarer Zeit (ein, zwei, drei Jahre) verlassen muß.

Kommt mit auf die INSEL - Zelle bleibt autonom! ■



tanz

Jeden Donnerstag ist Disco ab 21h

Veranstaltungen im Cafe Nepomuk, RT

Do. 6.10. Veranstaltung im Frauencafe:
Rechter Geist aus Frauenfeder
Sa. 8.10. Kindertheater Patati Patata
Mo.10.10. Konzert: Me myself+I
Fr.14.10. Wunschdisco
15.-16.10. Aktionskunst mit der Motorsäge
jeweils ab 15h im Hinterhof
Mo.17.10. Konzert: Hoffman Duo
Mo.31.10. Jamsession
14.-28.10. Ausstellung: Experimentelle Symbiose
oder doch nur §118 OWG

Veranstaltungen in der Zelle RT

Sa. 1.10. Figurentheater Tübingen "Speck" 21h
So. 2.10. Dracula Filmnacht, 20.30h
Fr. 7.10. Techno-Party, 21h
Sa. 8.10. Konzert: Roving Bottles, 21h
So. 9.10. Film: Das Schweigen der Lämmer
Mi.12.10. Konzert: Lemon Babies
Fr.14.10. Theater und Musik Neuss:
Bekenntnisse eines heimlichen Nudisten
Sa.15.10. Konzert: les hommes qui wear espand-drillos
So.16.10. Film: Todfreunde
Sa.22.10. Konzert: Gipsy Moth
So.23.10. Mörder im Schatten
Fr.28.10. HipHop-Konzert: Mastino
So.30.10. Film: Happy Birthday, Türke

Am 11.10. kommt Bundesbirne zum Wahlkampf nach Reutlingen. Ihr kommt hoffentlich auch!

Austellung: Frauen auf der Flucht.
Austellungseröffnung : 12.10.94, 19 h
Dauer: 12.10 - 30 10
In der Lorettokaserne, Katharinenstraße

Veranstaltungen im Infocafe Schellingstr. 6

Mi. 5.10. Geisterfahrer (Film) 20 h
Mi. 19.10 Spaltprozesse (Film) 20 h
Mi. 2.11. Nach-Ermittlungen (Film) 20 h
So. 6.11. Frühstück 10 - 14 h
Mi. 16.11. Ein Stern und sein Schatten (Film) 20 h
Mi. 30.11. Projekt Arthur (Film) 20 h